

ECKPUNKTEPAPIER 2025

Landespräventionskonferenz Rheinland-Pfalz



Präambel

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz - PräVG) im Jahr 2015 wurden der Gesundheitsförderung und der Prävention ein neuer Stellenwert eingeräumt. Das Gesetz stärkt insbesondere die Zusammenarbeit der maßgeblichen Akteurinnen und Akteure – wie der Sozialleistungsträger, Länder und Kommunen – und schafft hierfür verbindliche Rahmenbedingungen.

Übergeordnetes Ziel des Präventionsgesetzes ist es, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention dauerhaft in den Lebenswelten der Menschen zu verankern – also dort, wo sie aufwachsen, leben, lernen, arbeiten und alt werden. Durch den Ausbau gesundheitsförderlicher Strukturen in Kitas, Schulen, Betrieben und Kommunen sollen Zugänge zu entsprechenden Angeboten erleichtert und ein gesundheitsbewusster Lebensstil gestärkt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Weiterentwicklung und dem Ausbau der Verhältnisprävention.

Prävention sowie Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung zielen darauf ab, lebens- und arbeitsweltbedingte sowie verhaltensbezogene Krankheits- und Unfallrisiken zu verringern und zugleich gesundheitliche Ressourcen zu stärken. Dazu gehört insbesondere, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu fördern, gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern und sozial bedingte Ungleichheiten abzubauen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei vulnerablen Zielgruppen wie älteren Menschen, Arbeitslosen, Alleinerziehenden oder Kindern aus suchtbelasteten Familien.

Wir in Rheinland-Pfalz

Mit der Verabschiedung der Landesrahmenvereinbarung Prävention im Jahr 2016 (LRV), wurde der Zusammenarbeit der maßgeblichen Akteurinnen und Akteure aus dem Feld der Gesundheitsförderung und Prävention auf Landesebene ein gemeinsamer und verbindlicher Handlungsrahmen gegeben.

Die Landespräventionskonferenz Rheinland-Pfalz fungiert als oberstes Entscheidungsgremium und setzt sich aus den Unterzeichnenden der Landesrahmenvereinbarung zusammen. Ihre Aufgabe besteht darin, prioritäre Ziele zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention im Land gemeinsam festzulegen und in eine landesweite Präventionsstrategie zu integrieren. Diese Ziele werden von den Landespräventionsnetzwerken aufgegriffen, konkretisiert und weiterentwickelt.

Die Zielsetzungen zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in Rheinland-Pfalz werden in einem Eckpunktepapier dokumentiert. Ein solches Papier wurde erstmals 2018 erstellt und in den Jahren 2020 sowie 2023 fortgeschrieben. Mit der nun vorliegenden Überarbeitung werden die Inhalte erneut angepasst und ergänzt, um die zukünftige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Präventionsarbeit im Land nachhaltig zu sichern.

Inhalt

Präambel

1. Handlungsrahmen zur Umsetzung des PräVG in Rheinland-Pfalz

- 1.1 Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger
- 1.2 Landespräventionsnetzwerke
- 1.3 Landespräventionsausschuss
- 1.4 Landespräventionskonferenz

2 Eckpunkte: Präventionsstrategie Rheinland-Pfalz

- 2.1 Lebensweltübergreifender Konsens
- 2.2 Gesund aufwachsen
- 2.3 Gesund leben und arbeiten
- 2.4 Gesund im Alter
- 2.5 Kommunale Gesundheitsförderung

3 Fortentwicklung der rheinland-pfälzischen Landespräventionsstrategie

- 3.1 Beschlussfassung der Landespräventionskonferenz Rheinland-Pfalz
- 3.2 Strategie gegen Einsamkeit in Rheinland-Pfalz
- 3.3 Demokratiebildung als integrativer Bestandteil von Prävention und Gesundheitsförderung gemäß § 20f SGB V
- 3.4 Kommunale Gesamtkonzepte zur Unterstützung von Kindern psychisch und suchterkrankter Eltern

1. Handlungsrahmen zur Umsetzung des PräVG in Rheinland-Pfalz

Nach § 20f SGB V (Präventionsgesetz) ist es Aufgabe der beteiligten Akteurinnen und Akteure, tragfähige Strukturen für die Entwicklung landesspezifischer Präventionsstrategien zu schaffen und diese in Landesrahmenvereinbarungen zu verankern. Rheinland-Pfalz ist diesem Auftrag gemeinsam mit seinen Partnern – den gesetzlichen Krankenkassen, den Trägern der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung sowie der Pflegeversicherung – im Juli 2016 als viertes Bundesland nachgekommen. Zwischenzeitlich sind der rheinland-pfälzischen Landesrahmenvereinbarung zudem die Bundesagentur für Arbeit, der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, der Landkreistag Rheinland-Pfalz sowie der Städtetag Rheinland-Pfalz beigetreten.

Grundlage der Landespräventionsstrategie in Rheinland-Pfalz bilden die trägerübergreifenden Rahmenempfehlungen („Bundesrahmenempfehlung“) nach § 20d Absatz 2 Nummer 1 SGB V sowie die Ziele und Vorhaben („NPK-Vorhaben“) der Nationalen Präventionskonferenz (NPK).

Unter dem Dach der Landesrahmenvereinbarung haben sich in Rheinland-Pfalz folgende Arbeitsstrukturen etabliert:

- Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger,
- Landespräventionsnetzwerke,
- Landespräventionsausschuss,
- Landespräventionskonferenz.

Darüber hinaus unterstützt seit Anfang 2024 das GKV-Bündnis für Gesundheit in Rheinland-Pfalz¹ die Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung nach § 20f SGB V durch die Förderung ausgewählter Projekte und Programme. Hierfür hat das GKV-Bündnis gezielte Fondsfonds für prioritäre Themenfelder eingerichtet, darunter:

- Landesprogramm Gesunde Schule,
- Mikroprojekte im kommunalen Kontext,
- Kommunaler Strukturaufbau,
- Bewegungsförderung, u. a. im Kontext „Land in Bewegung“,
- Kommunale Gesamtkonzepte im Themenfeld Kinder und Jugendliche psychisch und suchterkrankter Eltern,
- Fachtag Prävention.

¹ Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen Rheinland-Pfalz zur Unterstützung der Krankenkassen bei der Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten

1.1 Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger

Die Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger greift Anregungen und Empfehlungen aus den Landespräventionsnetzwerken auf und berät über die Realisierung gemeinsamer Projekte auf Grundlage der Landesrahmenvereinbarung Prävention Rheinland-Pfalz.

Dabei werden landesweite Programme bzw. Konzepte für besondere Zielgruppen koordiniert, Kooperationsvereinbarungen vorbereitet und untereinander abgestimmt sowie durch Information und Austausch Transparenz geschaffen. Die Steuerungsgruppe bereitet zudem Entscheidungen und Beschlussfassungen über gemeinsame Kooperationen vor.

1.2 Landespräventionsnetzwerke

Neben den drei lebensphasenorientierten Landespräventionsnetzwerken „Gesund aufwachsen“, „Gesund leben und arbeiten“ und „Gesund im Alter“, trägt das Netzwerk „Kommunale Gesundheitsförderung“ den im Präventionsgesetz als Dachsetting hervorgehobenen Kommunen Rechnung.

Ziel der Netzwerke ist die (Weiter-)Entwicklung einer qualitätsgesicherten und flächendeckenden Gesundheitsförderung und Prävention in Rheinland-Pfalz. Sie agieren als Arbeits- und Fachgremien, die beratend und unterstützend tätig sind. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, inhaltliche Impulse in die Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger, den Landespräventionsausschuss und die Landespräventionskonferenz einzubringen sowie deren Ergebnisse in die eigene Arbeit zurückzuführen.

In den Netzwerken arbeiten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ministerien und der Sozialversicherungen zusammen. Darüber hinaus sind die kommunalen Spitzenverbände, Landesvertretungen aus den Bereichen Sport, Selbsthilfe, Gesundheitsförderung, Bildung, Sozialverbände sowie weitere Interessensvertretungen aktiv eingebunden. Die Netzwerke werden in der Regel gemeinsam von einer Vertretung der Sozialversicherungsträger und der Ministerien oder von der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Rheinland-Pfalz moderiert.

1.3 Landespräventionsausschuss

Im Landespräventionsausschuss sind die Ressorts der Landesregierung, alle Sozialversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit, der Gemeinde- und Städtebund, der Städtetag, der Landkreistag, der Öffentliche Gesundheitsdienst sowie Fachvertreterinnen und -vertreter aus der Gesundheitsförderung und Prävention vertreten.

Der Ausschuss vereint damit zentrale Akteurinnen und Akteure, die – auch wenn sie nicht zu den Unterzeichnenden der Landesrahmenvereinbarung gehören – die Präventions- und Gesundheitsförderungslandschaft in Rheinland-Pfalz maßgeblich prägen. Er hat eine beratende und impulsgebende Funktion und trägt wesentlich zur Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung und Prävention im Land bei.

Eine zentrale Aufgabe des Landespräventionsausschusses ist die inhaltliche Vorbereitung der Landespräventionskonferenz. Hierzu steht er im engen Austausch mit den Moderatorinnen und Moderatoren der Landespräventionsnetzwerke, bündelt deren Ergebnisse und Zielsetzungen und bringt neue Ansätze und Perspektiven ein.

1.4 Landespräventionskonferenz

Die Landespräventionskonferenz berät über die Weiterentwicklung und die vorrangigen Präventionsziele der kommenden Jahre in Rheinland-Pfalz und verabschiedet diese im Rahmen eines *Eckpunktepapiers*. Ziel der Konferenz ist es, Gesundheitsförderung und Prävention im Land sichtbar zu stärken und zugleich für Fachöffentlichkeit und Bevölkerung Transparenz über die gemeinsamen Strategien und Vorgehensweisen zu schaffen.

Die Ergebnisse des Landespräventionsausschusses sowie die erarbeiteten Ziele und Schwerpunkte der Landespräventionsnetzwerke fließen unmittelbar in die Beratungen und Beschlussfassungen der Landespräventionskonferenz ein.

Teilnehmende der Landespräventionskonferenz sind die obersten Führungsebenen des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit Rheinland-Pfalz sowie Vertreterinnen und Vertreter aller Unterzeichnenden und Beigetretenen der Landesrahmenvereinbarung Prävention Rheinland-Pfalz.

2. Eckpunkte: Umsetzungsstand und Fortentwicklung der Präventionsstrategie Rheinland-Pfalz

2.1. Lebensweltübergreifender Konsens

Übergeordnetes Ziel der Akteurinnen und Akteure in Rheinland-Pfalz ist die Entwicklung einer Landespräventionsstrategie, die alle Lebensphasen – von der Kindheit bis ins hohe Alter – sowie alle zentralen Lebenswelten (z. B. Kita, Schule, Kommune, Arbeitsplatz) umfasst.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den vier rheinland-pfälzischen Landespräventionsnetzwerken bildet dabei eine wesentliche Grundlage. Sie trägt dazu bei, Doppelstrukturen zu vermeiden, Synergien zu nutzen und Maßnahmen landesweit abzustimmen, weiterzuentwickeln und zu vernetzen.

Die „Kriterien für gute Praxis der sozialsituationbezogenen Gesundheitsförderung“ des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit haben sich als bewährtes Reflexions- und Qualitätsinstrument in der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention etabliert und werden in Rheinland-Pfalz systematisch zur Qualitätsentwicklung angewendet.

Prioritäre Handlungsfelder und lebensweltübergreifende Maßnahmen

Die Festlegung prioritärer Handlungsfelder erfolgt auf Basis empirischer Daten zur gesundheitlichen Lage und zum gesundheitsrelevanten Verhalten der Bevölkerung sowie unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz.

Zur Stärkung der psychischen Gesundheit und Resilienz wurde die Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung vertieft. Unter anderem wurde das Programm „BEWARE“ zur Resilienzförderung an Schulen initiiert. Der Name steht für Bewusstsein, Aufklärung und Resilienz. Schülerinnen und Schüler erwerben darin Kompetenzen, lernen, Verantwortung für ihre Gesundheit zu übernehmen und ihr Wohlbefinden aktiv zu fördern.

Im Themenfeld Bewegungsförderung bündelt die Landesinitiative „Rheinland-Pfalz – Land in Bewegung“ bestehende und neue Bewegungs- und Sportangebote in Städten und Gemeinden, um sie besser zu vernetzen und flächendeckend auszubauen.

Die Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ vereint zahlreiche Aktivitäten zur Förderung eines gesunden und nachhaltigen Ernährungsverhaltens. Mit den Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung sowie Seniorenernährung stehen kompetente Ansprechpartner für Träger und Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung zur Verfügung. Ergänzend fördern Projekte

wie „Fünf-Sterne-Power-Frühstück“ in Kitas oder „Wir essen uns fit – eine leckere Familienküche für alle“ eine gesundheitsbewusste Ernährung über alle Lebensphasen hinweg.

Strukturbildende und übergreifende Maßnahmen

Nachhaltige Präventionserfolge setzen stabile Strukturen und langfristig angelegte Kooperationen voraus. Das GKV-Bündnis für Gesundheit unterstützt rheinland-pfälzische Kommunen dabei, sich aktiv in der Gesundheitsförderung und Prävention zu engagieren und entsprechende Strukturen aufzubauen.

Im Landesprogramm „Gemeindeschwester^{plus}“ wurden kommunale Gesundheitsförderungskonzepte für ein gesundes Leben im Alter entwickelt und bestehende Netzwerke weiter gestärkt.

Weitere übergreifende Schwerpunkte, die in den kommenden Jahren in allen Landespräventionsnetzwerken bearbeitet werden, sind:

- **Stärkung der Gesundheitskompetenz**, insbesondere im Hinblick auf digitale Anwendungen und Angebote,
- **Verminderung und Vermeidung klimabedingter Gesundheitsrisiken** im Kontext lebensweltbezogener Gesundheitsförderung und Prävention,
- **Strategien gegen Einsamkeit**,
- **Vernetzung von Gesundheitsförderung und Demokratiebildung.**

Klimabedingte Gesundheitsrisiken wirken sich sowohl unmittelbar als auch mittelbar auf die Bevölkerung aus. Besonders im Bereich der Hitzeprävention bestehen erhebliche Potenziale, durch ein koordiniertes Zusammenspiel von Verhaltens- und Verhältnisprävention gesundheitliche Belastungen zu reduzieren. Gleichzeitig trägt die Stärkung psychischer Gesundheitsressourcen dazu bei, individuelle und gesellschaftliche Resilienz zu fördern.

Neben Hitze und Extremwetterereignissen gewinnen klassische Themenfelder des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes – wie Luftverschmutzung, Lärm oder Umweltchemikalien – an Bedeutung. Eine effektive Verknüpfung von Prävention mit städtebaulichen, infrastrukturellen und umweltpolitischen Maßnahmen erfordert eine ressort- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit im Sinne des Health-in-All-Policies-Ansatzes.

2.2 Gesund aufwachsen

Aktueller Sachstand:

Die zentrale Aufgabe des Netzwerks „Gesund aufwachsen“ besteht darin, den fachlichen Austausch und die Vernetzung der relevanten Akteurinnen und Akteure zu fördern. Dadurch werden Transparenz geschaffen, Synergien genutzt sowie bestehende und neue Aktivitäten zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen multiprofessionell initiiert und begleitet.

Das Netzwerk befasst sich darüber hinaus mit der aktuellen Studienlage zum Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen sowie mit den Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Gesundheit. Dabei zeigt sich insbesondere im Bereich der psychischen Gesundheit ein zunehmender Handlungsbedarf.

Mit der Entwicklung und Weiterentwicklung der Programme „BEWARE“ und „Verrückt? – Na und!“ greift das Netzwerk diesen Bedarf gezielt auf.

Das Programm BEWARE, das seit 2022 entwickelt wird und sich aktuell in der Evaluationsphase befindet, richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 10. Im Rahmen jährlicher Projekttag setzen sie sich mit altersgerechten Informationen, alltagsnahen Beispielen und Übungen zu den Themen psychische Gesundheit, Krankheit und (Selbst-)Hilfsmöglichkeiten auseinander. Durch die kontinuierliche Thematisierung über mehrere Schuljahre sowie die Einbindung des gesamten Kollegiums soll eine nachhaltige Veränderung der Schulkultur und ein offener, sensibler Umgang mit psychischen Belastungen gefördert werden.

Das Programm „Verrückt? Na und!“ ergänzt diesen Ansatz. Es besteht aus zwei zentralen Säulen:

1. Schultage für Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 13 sowie deren Lehrkräfte, die von Teams aus fachlichen und persönlichen Expertinnen und Experten begleitet werden. Diese thematisieren Ängste, Vorurteile und Bewältigungsstrategien rund um seelische Gesundheit und machen das Thema durch eigene Erfahrung greifbar.
2. Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren, die deren Handlungskompetenz im Umgang mit psychischen Krisen stärken und ein frühzeitiges Erkennen von Auffälligkeiten fördern.

In den vergangenen vier Jahren hat das Netzwerk den Aufbau zusätzlicher Regionalgruppen unterstützt, die Landeskoordination begleitet und die Umsetzung der Schultage weiterentwickelt.

Kinder und Jugendliche, deren Eltern an einer psychischen oder Suchterkrankung leiden, gehören zu den besonders gefährdeten Gruppen. Sie haben ein erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken. Das Netzwerk „Gesund aufwachsen“ begleitet daher die Entwicklung kommunaler Gesamtkonzepte, die gezielt auf die Unterstützung dieser Kinder und ihrer Familien ausgerichtet sind.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Modellprojekts werden drei Pilotkommunen beim Aufbau und der nachhaltigen Verstetigung entsprechender Strukturen begleitet. Ein regelmäßiger Austausch mit dem Modellprojekt „Kommunale Gesamtkonzepte KpsE“ findet statt. Der Fokus liegt auf gesundheitsförderlichen Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und die beteiligten Fachkräfte in ihren jeweiligen Lebenswelten. Der Aufbau kommunaler Strukturen wird im Rahmen des Netzwerks „Kommunale Gesundheitsförderung“ vertiefend betrachtet.

Mit dem Landesprogramm „Gesunde Schule“ wurde 2025 ein weiteres zentrales Vorhaben zur Förderung einer integrierten Gesundheits- und Qualitätsentwicklung an Schulen gestartet. Ziel ist es, Schulen auf ihrem Weg zu einer gesundheitsförderlichen Organisation systematisch zu unterstützen. Das GKV-Bündnis für Gesundheit in Rheinland-Pfalz fördert diese Entwicklung mit dem gleichnamigen Förderprogramm, während das Netzwerk „Gesund aufwachsen“ die inhaltliche Begleitung und Abstimmung übernimmt.

Perspektiven zur Fortentwicklung:

Auch künftig stehen die multiprofessionelle Zusammenarbeit, die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure sowie die Begleitung gesundheitsfördernder Maßnahmen im Fokus des Netzwerks.

Um Bedarfe frühzeitig zu erkennen und die Wirksamkeit bestehender Maßnahmen zu überprüfen, plant das Netzwerk den Aufbau eines datengestützten Monitorings zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz.

Die im Rahmen des Landesprogramms „Gesunde Schule“ begonnene gesundheitsförderliche Gestaltung schulischer Lebenswelten wird weitergeführt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf partizipativen Prozessen, die das Gefühl von Teilhabe und Verbundenheit stärken, Einsamkeit vorbeugen und einen Beitrag zur Demokratiebildung leisten.

Die gesundheitsförderliche Organisationsentwicklung und Strukturbildung in den verschiedenen Lebenswelten soll konsequent ausgebaut werden. Das Netzwerk wird den Aufbau neuer Strukturen im Landesprogramm „Gesunde Schule“ aktiv unterstützen, bestehende Maßnahmen fachlich begleiten und neu identifizierte Handlungsfelder aufgreifen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit werden fortgeführt und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Im Programm BEWARE begleitet das Netzwerk in den kommenden Jahren die Entwicklung digitaler Lehrkräfteschulungen, um den Einsatz des Programms an Schulen landesweit zu erleichtern. Zudem werden die Ergebnisse der laufenden Wirksamkeitsstudie in die Weiterentwicklung einfließen.

Im Programm „Verrückt? Na und!“ wird das Netzwerk den Ausbau der Regionalgruppen weiterhin unterstützen und die Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren aus Gesundheit, Jugendhilfe und Schule weiter intensivieren.

Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen psychisch oder suchterkrankter Eltern bleibt ein besonderer Schwerpunkt der Netzwerkarbeit. Erfolgreiche Maßnahmen aus dem Modellprojekt „Kommunale Gesamtkonzepte KpsE“ sollen auf weitere Kommunen in Rheinland-Pfalz übertragen und langfristig verankert werden.

2.3 Gesund leben und arbeiten

Aktueller Sachstand:

Das Netzwerk „Gesund leben und arbeiten“ (GLUA) fokussiert die Personengruppe der Berufstätigen und den Übergang zwischen deren Berufs- und Privatleben. Zentrale Aufgabe des Netzwerkes ist es, den fachlichen Austausch zwischen den relevanten Akteurinnen und Akteuren für Gesundheitsförderung und Prävention zu definieren und zu initiieren. Neben der Vernetzung der verschiedenen Partnerinnen und Partner ist die inhaltliche und fachliche Feststellung und Begleitung der Bedarfe Arbeitsziel.

Zum Thema *„Klima und Gesundheit in der Arbeitswelt“* hielt Frau Dr. Stefanie Bühn von der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit (KLUG) im Netzwerk GLUA einen digitalen Vortrag. Gegenstand waren die „Auswirkungen der Klimakrise auf Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit“. Ein anschließender Workshop des Netzwerks diente der Reflexion der Schnittstellen des Themas zur Netzwerkarbeit und der Identifizierung konkreter Handlungsoptionen. Als Ergebnis wurde die Durchführung eines landesweiten und netzwerkübergreifenden Präventionskongresses zum Thema „Klima und Gesundheit“ befürwortet.

Die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) stellt ein wirksames Instrument dar, um die Gesundheit von Erzieherinnen und Erziehern systematisch und nachhaltig zu fördern. Die protestantischen Kitas in Ludwigshafen haben ein solches BGM implementiert und ihre Erfahrungen im Netzwerk GLUA vorgestellt. Aus den identifizierten Gelingensbedingungen wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die künftig als Grundlage für andere Kita-Träger dienen können.

Mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz wurden erste Gespräche über eine exemplarische Aufbereitung dieses BGM-Modells geführt. Ziel ist es, die Erkenntnisse zu dokumentieren, zu kommunizieren und für größere Trägerstrukturen nutzbar zu machen, um die Erzieherinnengesundheit landesweit zu stärken.

Perspektiven zur Fortentwicklung:

Gesundheitsförderung und Prävention leisten nicht nur einen Beitrag zur Stärkung individueller Ressourcen, sondern auch zur Förderung von Teilhabe, Mitbestimmung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Bedingungen von Partizipation – am Arbeitsplatz ebenso wie im privaten Umfeld – haben wesentlichen Einfluss auf das gesundheitliche Wohlbefinden. Fehlende Chancengleichheit und Ausgrenzung erhöhen dagegen das Risiko, vom Gesundheitsschutz oder von präventiven Angeboten ausgeschlossen zu werden.

Vor diesem Hintergrund wird Demokratiebildung als neues Querschnittsthema in die Arbeit des Netzwerks „Gesund leben und arbeiten“ integriert. Erleben Beschäftigte im Betrieb Respekt, Beteiligung und Fairness, stärkt dies Vertrauen in demokratische Prozesse und soziale Kohäsion. Fehlende Wertschätzung, Ungleichbehandlung oder Missachtung können dagegen Radikalisierungstendenzen begünstigen. Unternehmen sind zugleich Orte sozialer Erfahrung, in denen Zugehörigkeit, Anerkennung und Sinn vermittelt werden – Faktoren, die sich unmittelbar auf Gesundheit und Wohlbefinden auswirken.

Geplant ist eine Online-Fortbildung zum Thema „Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen von Adressatinnen und Adressaten in der Sozialen Arbeit“. Die Maßnahme wird von der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz umgesetzt. Sie richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die in ihrer Praxis zunehmend mit diskriminierenden, menschenverachtenden oder extremistischen Haltungen konfrontiert sind.

Ziel ist es, die Handlungssicherheit der Teilnehmenden zu stärken, indem sie demokratiefeindliche Tendenzen frühzeitig erkennen, professionell Grenzen setzen, ihre Handlungsspielräume reflektiert nutzen und zugleich die eigene psychische Resilienz fördern.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Reflexion der eigenen Rolle sowie auf der Entwicklung einer souveränen Haltung im Spannungsfeld zwischen Nähe, Hilfe und notwendiger Abgrenzung.

Die Veranstaltung ist als kompaktes Online-Format (09:30–12:00 Uhr) konzipiert, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen. Externe Referentinnen und Referenten mit ausgewiesener Expertise in den Bereichen Demokratiebildung, Rechtsextremismusprävention und psychosoziale Beratung gewährleisten die fachliche Qualität.

Mit dieser Maßnahme leistet das Netzwerk „Gesund leben und arbeiten“ einen wichtigen Beitrag zur Verknüpfung von Demokratiebildung und Gesundheitsförderung. Sie stärkt Fachkräfte in ihrer professionellen Haltung und unterstützt zugleich die Förderung psychischer Gesundheit und Resilienz im beruflichen Alltag.

Psychische Erkrankungen führen häufig zu langen Fehlzeiten und sind weiterhin mit Stigmatisierung behaftet. Schätzungen zufolge nehmen weniger als 20 % der Betroffenen professionelle Hilfe in Anspruch. Prävention, Früherkennung und der Abbau von Tabus sind daher zentrale gesundheitspolitische Aufgaben.

Das Netzwerk GLUA möchte Unternehmen niederschwellige Zugänge zur Auseinandersetzung mit psychischer Gesundheit eröffnen, um Akzeptanz und Offenheit zu fördern. Führungskräfte sollen befähigt werden, psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen und mit geeigneten Präventionsstrategien gegenzusteuern.

Hierzu ist die Erstellung eines praxisnahen Informationsflyers (Umfang ca. fünf Seiten) geplant, der Grundlagenwissen, Handlungsempfehlungen und Unterstützungsangebote bündelt.

Im Rahmen der landesweiten Kampagne „Mitmenschen! Rheinland-Pfalz gegen Einsamkeit“ wird auch das Thema Einsamkeit am Arbeitsplatz aufgegriffen. Das Netzwerk GLUA plant, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen praxisnahe Unterstützungsangebote zur Früherkennung und Prävention von Einsamkeit bereitzustellen. Ziel ist eine stärkere Vernetzung bestehender Strukturen und Initiativen sowie die Integration des Themas in betriebliche Gesundheitsförderung.

Das Thema Einsamkeit soll zudem in den geplanten Informationsflyer zu psychischer Gesundheit integriert werden, um Zusammenhänge sichtbar zu machen und präventive Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

2.4 Gesund im Alter

Die Aufgabe des Landespräventionsnetzwerks „gesund im Alter“ ist es, relevante Themen für die Gesundheit und Prävention im Alter zu identifizieren. Ziel des Netzwerks ist die Entwicklung und Weiterentwicklung einer qualitätsgesicherten und flächendeckenden Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen in Rheinland-Pfalz. Das Netzwerk ist als Arbeitsgremium zu verstehen und arbeitet beratend und unterstützend. Zukünftige Bedarfe der Gesundheitsförderung im Alter sollen identifiziert und mit geeigneten Partnerinnen und Partnern in Rheinland-Pfalz weiterentwickelt werden. Die Hauptaufgabe besteht darin, inhaltlichen Input für den Landespräventionsausschuss und die Landespräventionskonferenz zum Schwerpunkt „gesund im Alter“ vorzubereiten sowie Arbeitsaufträge aus diesen Gremien in die Arbeit im Netzwerk aufzunehmen.

Aktueller Sachstand:

Auftraggeber zur Einrichtung des Landespräventionsnetzwerks „gesund im Alter“ ist die Landespräventionskonferenz. Das Netzwerk tagt in der Regel zwei Mal jährlich. Vertreten sind im Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ Sozialversicherungsträger, die Landeszentrale für Gesundheitsförderung, Sozialberatungsstellen, Ministerien, das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, kommunale Spitzenverbände, Träger der Wohlfahrtspflege, Wissenschaft, Selbsthilfeverbände, Verbraucherschutz- und Bildungsträger, die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz sowie Vertreter des organisierten Sports. Sie richten ihren Expertenblick auf Teilaspekte des Alters und bilden bedarfsgerechte Angebote in ganz Rheinland-Pfalz ab.

Eine größer werdende Gruppe der älteren Bevölkerung sind Menschen ab ca. 60 Jahren, die am Übergang aus dem Berufsleben in die nachberufliche Lebensphase stehen. Das Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ nimmt verschiedene Altersphasen in den Blick.

Die Netzwerkarbeit des Landespräventionsnetzwerks „gesund im Alter“ ist geprägt davon, sich gegenseitig darüber zu informieren, welche Angebote, Projekte und Maßnahmen es in Rheinland-Pfalz gibt und welche Erfahrungen die Netzwerkmitglieder dazu machen.

Inhaltlich hat sich das Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ in der Zeit von 2023 bis 2025 in erster Linie mit dem Oberthema „Klimawandel – Verminderung und Vermeidung klimabedingter Gesundheitsrisiken“ befasst, insbesondere, was das für die psychische und seelische Gesundheit älterer Menschen bedeutet. Die Mitglieder bekamen Expertenwissen dazu vermittelt, wurden für „Klima und Gesundheit“ sensibilisiert, haben Detailkenntnisse vertieft und Impulse für ihre eigenen Handlungsfelder erhalten. Über die ARGE GKV wurden Hitzefä-

cher erstellt, 40.000 Stück wurden über die Mitglieder des Landespräventionsnetzwerks „gesund im Alter“ verteilt. Der Hitzefächer bot Anlass für eine gemeinsame Presseerklärung des Landespräventionsnetzwerks „gesund im Alter“, die von mehreren Medien aufgegriffen wurde.



Abbildung 1 Hitzefächer

Perspektiven zur Fortentwicklung:

In den kommenden Jahren möchte sich das Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ mit folgenden Themen befassen:

- Einsamkeit und Isolation,
- Demokratiebildung,
- digitale Unterstützung für ein gesundes Leben im Alter.

Die Selbstfürsorge, Sorge in der Gemeinschaft, Daseinssorge in der Gemeinde und in Einrichtungen sollen zusammenfinden. Die Aspekte der Verhaltensprävention und Verhältnisprävention sollen herausgearbeitet werden. Das Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ betont, dass Prävention möglichst früh ansetzen sollte und möchte deswegen die Gruppe der älteren Menschen besonders in den Blick nehmen, die am Übergang aus dem Berufsleben in die nachberufliche Lebensphase stehen. Grundlage für den Austausch im Netzwerk ist ein positives Altersbild. Die Mitglieder des Netzwerks möchten ihr Wissen zu den o.g. Themen

vertiefen und darüber diskutieren, wie die Ansprache und aktive Partizipation älterer Menschen gelingen können. Besonders wichtig hierbei ist, verschiedene Perspektiven einzunehmen: Was bedeutet der Eintritt in den Ruhestand bzw. die Verrentung? Welche Erwartungshaltungen werden an diese Gruppe der Bevölkerung gerichtet? Welche Möglichkeiten eröffnen sich zu Beginn der nachberuflichen Phase? Welche Angebote und Strukturen bestehen für diese Gruppe Älterer?

Das Landespräventionsnetzwerk „gesund im Alter“ wird sich weiterhin zu bestehenden Angeboten austauschen und dadurch die vielfältigen Aktivitäten sichtbar machen. Maßnahmen, die bereits bestehen, möchten wir unter dem Aspekt „Einsamkeit“ betrachten. Ein Austausch mit den anderen Landespräventionsnetzwerken wird angestrebt.

2.5 Kommunale Gesundheitsförderung

Aktueller Sachstand:

Das Landespräventionsnetzwerk „Kommunale Gesundheitsförderung“ (LPNW KGF) verfolgt das übergeordnete Ziel, den Auf- und Ausbau qualitätsgesicherter, flächendeckender und nachhaltiger Strukturen der Prävention und Gesundheitsförderung in den Kommunen zu begleiten und zu stärken. Im Mittelpunkt steht der Austausch und die Vernetzung relevanter Akteurinnen und Akteure, um Kooperationen zu fördern und Synergieeffekte zu nutzen.

Die Kommune wird dabei als übergreifendes Dachsetting verstanden, in dem alle Bürgerinnen und Bürger erreicht werden können. Vulnerable Zielgruppen – etwa Menschen in schwierigen sozialen Lagen – werden aufgrund ihres erhöhten Präventionsbedarfs besonders adressiert.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit besteht ein enger Austausch mit den weiteren Landespräventionsnetzwerken. So wurde im Rahmen eines netzwerkübergreifenden Treffens zum Thema „Enttabuisierung psychischer Erkrankungen“ themenspezifische Expertise zu verschiedenen Altersgruppen und Lebenswelten zusammengetragen.

Zwischen 2023 und 2025 fanden acht Netzwerktreffen in Präsenz statt. Dabei wurden zentrale Themenschwerpunkte bearbeitet und entsprechende Maßnahmen umgesetzt, u. a.:

1. Psychische Gesundheit und Resilienz:

Mit dem Projekt „Gesundheit für alle!“ wird insbesondere die Arbeit der Gesundheitsämter unterstützt. Durch niedrigschwellige Maßnahmen wie Vorträge, Informationsstände und Workshops wird die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung gestärkt – insbesondere bei Menschen in sozial belasteten Lebenslagen oder mit sprachlichen Barrieren. Das von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG) initiierte und unterstützte Projekt wird in enger Abstimmung mit den teilnehmenden Gesundheitsämtern umgesetzt und bindet relevante Akteurinnen, Akteure und Netzwerke vor Ort ein.

2. Gesunde Ernährung:

Die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ sowie die Ernährungsstrategie des Bundes liefern Impulse für die Förderung eines ausgewogenen Ernährungsverhaltens auf kommunaler Ebene.

3. Kommunale Strukturen:

Förderprogramme des GKV-Bündnisses für Gesundheit unterstützen Kommunen beim Strukturaufbau und geben Impulse für die Entwicklung ganzheitlicher Präventionskonzepte.

So werden an 21 Standorten im Rahmen des LZG-Programms „teamw()rk für Gesundheit und Arbeit“ gezielte Maßnahmen zur Gesundheitsförderung erwerbsloser Menschen realisiert.

4. Bewegungsförderung und soziale Teilhabe:

Die Landesinitiative „Rheinland-Pfalz – Land in Bewegung“ (Ministerium des Innern und für Sport) stärkt Bewegungsstrukturen in Städten und Gemeinden. Synergien entstehen durch die Verzahnung mit Projekten wie der Kampagne „Dabei sein bewegt“, die örtliche Bewegungs- und Begegnungsangebote für Seniorinnen und Senioren schafft. Neben körperlicher Aktivität stehen Lebensfreude, Gemeinschaft und Einsamkeitsprävention im Fokus. Die Kampagne wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD) gefördert und von der LZG umgesetzt.

5. Partizipation und Demokratiebildung:

Das Projekt „Bedarfsworkshops in kleinen Kommunen (BediKK)“ unterstützt seit 2021 kleine Kommunen beim Aufbau gesundheitsförderlicher Strukturen. Bürgerinnen und Bürger werden in Bedarfsworkshops und Fokusgruppen aktiv in die Identifikation und Gestaltung relevanter Angebote einbezogen. Partizipation und Demokratiebildung werden damit unmittelbar als Bestandteil von Gesundheitsförderung und Prävention erlebbar.

6. Arbeitsgemeinschaft Kommunale Gesundheitsförderung (AG KGF):

Die 2023 konstituierte AG KGF fungiert als Praxisnetzwerk kommunaler Akteurinnen und Akteure, etwa aus Gesundheitsämtern oder vergleichbaren Strukturen. Als Teil des LPNW KGF trägt sie zur partizipativen Einbindung, Vernetzung und Qualitätssicherung zwischen landesweiten und regionalen Akteuren bei.

7. Qualifizierung und Multiplikatorenförderung:

Die von der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Rheinland-Pfalz angebotene Weiterbildung „Kommunale Gesundheitsmoderation“ stärkt die Qualitätsentwicklung und Fachkompetenz in Kommunen im Themenfeld Gesundheitsförderung und Prävention.

8. Klimabedingte Gesundheitsrisiken:

Die Reduzierung klimabedingter Gesundheitsrisiken ist ein weiteres Ziel. Durch Sensibilisierung, Verhaltensänderung und strukturelle Anpassungen werden gesundheitsförderliche kommunale Rahmenbedingungen gestärkt. Die Vernetzung zwischen Gesundheitsförderung und Klimaschutz wird im Sinne des Health-in-All-Policies-Ansatzes aktiv gefördert.

Das in Kapitel 2.2 erwähnte Modellprojekt „Kommunale Gesamtkonzepte zur Unterstützung von Kindern psychisch und suchterkrankter Eltern“ (KpsE) wird derzeit in den Städten Kaiserslautern, Ludwigshafen und im Landkreis Neuwied umgesetzt. Die drei Pilotkommunen werden beim Aufbau und der nachhaltigen Verstetigung integrierter kommunaler Gesamtkonzepte begleitet.

Zentrale Themen sind:

- der Aufbau system- und ressortübergreifender Versorgungsstrukturen,
- die Koordination lokaler Netzwerke,
- sowie die Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren.

Auf Landesebene entwickelt ein ressortübergreifendes Steuerungsgremium gemeinsam mit weiteren Partnern Transferstrategien zur Übertragung erfolgreicher Modelle auf andere Kommunen (vgl. Kap. 3.4). Das GKV-Bündnis für Gesundheit Rheinland-Pfalz ist in die Transfergruppe eingebunden.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) stellt im Netzwerk regelmäßig Informationen zu aktuellen Entwicklungen und Perspektiven bereit.

Das GKV-Bündnis für Gesundheit Rheinland-Pfalz fördert zudem eine Reihe kommunalbezogener Programme und Projekte.

Von besonderer Relevanz für das LPNW KGF sind dabei:

- Mikroprojekte im kommunalen Kontext (zielgruppenspezifische Projekte mit begrenztem Umfang),
- Kommunaler Strukturaufbau (Förderung gesundheitsförderlicher kommunaler Strukturen),
- Kommunale Gesamtkonzepte im Themenfeld Kinder und Jugendliche psychisch und suchterkrankter Eltern.

Darüber hinaus wurde im März 2025 das bundesweite „Kommunale Förderprogramm – Gesundheitsförderung und Prävention für vulnerable Zielgruppen“ des GKV-Spitzenverbandes gestartet. Sowohl die Geschäftsstelle als auch mehrere Gesellschafter des GKV-Bündnisses Rheinland-Pfalz sind aktive Mitglieder im LPNW KGF und gewährleisten datenschutzkonforme Transparenz über das Fördergeschehen. Dadurch können Netzwerkmitglieder als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken und Fördermöglichkeiten im Land verbreiten.

Im seit 2019 bestehenden kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit befinden sich derzeit drei Kommunen in der aktiven Förderphase. Sie erhalten neben finanzieller Unterstützung eine externe Prozessberatung. Eine weitere Kommune hat nach Abschluss der Förderung nachhaltige Strukturen etabliert und arbeitet auf Grundlage eines konsentierten kommunalen Handlungskonzepts für Gesundheitsförderung und Prävention.

Perspektiven zur Fortentwicklung:

Das LPNW KGF wird auch künftig zentrale Impulse für die kommunale Gesundheitsförderung setzen. Perspektivisch sollen folgende Themen und Anregungen in die Netzwerkarbeit einfließen:

- **Einsamkeit und soziale Teilhabe:**
In Anlehnung an die bundesweite Strategie gegen Einsamkeit und die Empfehlungen für Rheinland-Pfalz sollen geeignete Ansätze in die Netzwerkarbeit integriert werden.
- **Demokratieförderung und Gesundheitsförderung:**
Der Zusammenhang zwischen Demokratiebildung, Teilhabe und Prävention im kommunalen Raum soll vertieft analysiert und mit konkreten Praxisansätzen unterlegt werden.
- **Fortführung zentraler Handlungsfelder:**
Die Themen Bewegungsförderung, psychische Gesundheit und Resilienz sowie gesunde Ernährung bleiben strategische Schwerpunkte.

Die aktuelle Projektphase des KpsE-Projekts endet 2026. Eine Abschlussveranstaltung unter Einbindung des LPNW KGF ist vorgesehen, um den Übergang in eine dauerhafte landesweite Struktur einzuleiten.

Geplant sind:

- die Etablierung einer landesweiten Arbeitsstruktur zur Verstetigung des Themas (KpsE-Prozess als Landesstrategie),
- der Wissenstransfer in alle rheinland-pfälzischen Kommunen,
- die Entwicklung von Bedarfserhebungsinstrumenten, Praxisleitfäden und Handlungsempfehlungen sowie
- ein Datenmonitoring in Kooperation mit den Krankenkassen.

Ab 2025 können Pilotkommunen und weitere interessierte Kommunen Fördermittel beim GKV-Bündnis für Gesundheit Rheinland-Pfalz beantragen. Das Gesamtverfahren trägt zur nachhaltigen Verstärkung und zum Aufbau einer landesweiten sozialen Infrastruktur für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern bei.

Die ab 2025 neu aufgelegten kommunalen Förderprogramme des GKV-Bündnisses bieten eine wesentliche Chance, die Qualität und Reichweite kommunaler Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz weiter zu stärken. Das LPNW KGF wird die bestehenden Schnittstellen aktiv nutzen und die ressortübergreifende Zusammenarbeit gezielt ausbauen.

3. Fortentwicklung der rheinland-pfälzischen Landespräventionsstrategie

3.1 Beschlussfassung der Landespräventionskonferenz Rheinland-Pfalz

Auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse und der umfassenden Beratungen beschließt die Landespräventionskonferenz Rheinland-Pfalz folgende strategische Schwerpunkte für die Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung und Prävention im Land – unter Berücksichtigung vorliegender Empfehlungspapiere:

1. Kontinuität und Weiterentwicklung bewährter Strukturen

Die erfolgreiche Arbeit der Landespräventionsnetzwerke „Gesund aufwachsen“, „Gesund leben und arbeiten“, „Gesund im Alter“ sowie „Kommunale Gesundheitsförderung“, des Landespräventionsausschusses und der Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger wird in den bestehenden Strukturen fortgeführt. Ziel ist eine intensivere netzwerkübergreifende Zusammenarbeit sowie die verstärkte Begleitung landesweiter Präventionsvorhaben.

2. Stärkung der psychischen Gesundheit

Angeichts gesellschaftlicher Belastungsfaktoren – wie Klimakrise, soziale Unsicherheiten und geopolitische Konflikte – bleibt die Förderung psychischer Resilienz auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene ein zentrales Gesundheitsziel. Bestehende Initiativen der Landespräventionsnetzwerke, der Sozialversicherungsträger und weiterer Partnerinnen und Partner werden gemeinsam weitergeführt, gebündelt und ausgebaut.

3. Ausbau- und Förderung kommunaler Gesamtkonzepte zur Unterstützung von Kindern psychisch- und suchterkrankter Eltern

Die Bundesrahmenempfehlung sowie die Ziele der Nationalen Präventionskonferenz benennen Kinder und Jugendliche aus Familien mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern als besonders vulnerable Zielgruppe. Frühzeitige präventive Unterstützung – auch durch verhältnispräventive Maßnahmen – kann das Risiko einer späteren Erkrankung deutlich reduzieren. Besonders wirksam sind Ansätze, die lokale Hilfsangebote vernetzen und abgestimmte Unterstützungsstrukturen schaffen. Daher wird der Ausbau und die Förderung kommunaler Gesamtkonzepte zur Unterstützung dieser Kinder und Familien als besonderer Schwerpunkt der kommenden Jahre festgelegt. In

der Umsetzung wirken MFFKI, MWG, GKV-Bündnis und weitere Akteurinnen und Akteure eng zusammen.

4. Bewegungsförderung

Regelmäßige körperliche Aktivität ist ein zentraler Beitrag zur Erhaltung und Förderung der körperlichen wie psychischen Gesundheit. Bewegung stärkt das Herz-Kreislauf-System, beugt chronischen Erkrankungen vor und fördert Stressabbau, Stimmung und kognitive Leistungsfähigkeit. Die Bewegungsförderung wird als querschnittliches Handlungsfeld in den Landespräventionsnetzwerken weiter gestärkt, systematisch verankert und besser vernetzt.

5. Gesunde und nachhaltige Ernährung fördern

Ernährungsbildung und gesundheitsförderliches Essverhalten über alle Lebensphasen hinweg bleiben prioritäre Handlungsfelder – so von Stillförderung bis hin zum gemeinschaftlichen Essen Älterer. Bestehende Maßnahmen werden unter besonderer Berücksichtigung ökologischer und klimarelevanter Aspekte fortentwickelt und durch konkrete Umsetzungsschritte ergänzt.

6. Ausbau integrierter Präventionsketten

Ziel ist es, Unterstützungsbedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien frühzeitig zu erkennen und kommunale Infrastrukturen durch abgestimmte Maßnahmen zu stärken. Der Fokus liegt auf einer datenbasierten, bedarfsgerechten Planung – insbesondere in sozial belasteten Kommunen.

7. Förderung partizipativer Ansätze

Partizipation wird als Leitprinzip der Gesundheitsförderung und Prävention fest verankert. Beteiligungsprozesse sollen sich an den Lebensrealitäten, Bedürfnissen und Ressourcen der Zielgruppen orientieren und strukturwirksam in Projekte und Programme integriert werden.

8. Förderung von Multiplikatorinnenkonzepten und Multiplikatorenkonzepten

Zur strukturellen Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung werden Qualifizierungsmaßnahmen, Schulungsprogramme und Patenschaftsmodelle für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fortgeführt und ausgebaut. Sie bilden wichtige Trägerinnen und Träger der Landesrahmenvereinbarung und gewährleisten den Wissenstransfer in die Praxis.

9. Digitalisierung als Katalysator für Gesundheitsförderung und Gesundheitskompetenz

Die fortschreitende Digitalisierung eröffnet neue Potenziale für Prävention und Gesundheitsförderung. Die Landespräventionsnetzwerke werden digitale Technologien gezielt einsetzen, um niedrigschwellige, innovative und zielgruppengerechte Angebote zu entwickeln. Gleichzeitig wird die digitale Gesundheitskompetenz gezielt gestärkt –

als Fähigkeit, gesundheitsrelevante Informationen digital zu finden, zu verstehen, zu bewerten und anzuwenden. Dies ist ein wesentlicher Baustein gesundheitlicher Chancengleichheit und wird künftig systematisch in Planungs- und Umsetzungsprozesse integriert.

10. Reduktion klimabedingter Gesundheitsrisiken

Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention werden konsequent um Aspekte des Klima- und Hitzeschutzes erweitert. Bestehende Programme werden unter Einbezug aktueller Umwelt- und Klimadaten weiterentwickelt und mit den Zielen des Bevölkerungsschutzes und der Umweltmedizin verzahnt.

11. Nutzung von Co-Benefits im Sinne einer integrierten Gesundheitspolitik

Verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen entfalten häufig positive Wechselwirkungen („Co-Benefits“) auf andere gesellschaftliche Bereiche, etwa Umwelt, Bildung oder soziale Teilhabe. Diese Synergien sollen gezielt genutzt und systematisch in Planungs-, Umsetzungs- und Evaluationsprozesse integriert werden – im Sinne des „Health in All Policies“-Ansatzes.

12. Einsamkeit vorbeugen – Soziale Teilhabe stärken

Einsamkeit stellt ein wachsendes gesellschaftliches und gesundheitliches Risiko dar, das Menschen aller Altersgruppen betreffen kann. Sie steht in engem Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Beschwerden und verminderter Lebensqualität. Die Entwicklung und Umsetzung der landesweiten Strategie gegen Einsamkeit in Rheinland-Pfalz wird daher als integraler Bestandteil der Gesundheitsförderung und Prävention verstanden. Ziel ist es, soziale Teilhabe zu fördern, Isolation zu verringern und bestehende Begegnungs- und Unterstützungsstrukturen insbesondere auf kommunaler Ebene gezielt auszubauen. Die Landespräventionsgremien begleiten die Strategie fachlich und verankern entsprechende Maßnahmen in ihren Netzwerken.

13. Demokratiebildung als integrativer Bestandteil von Prävention und Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung und Prävention zielen nicht nur auf individuelles Verhalten, sondern auch auf die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten – und damit auf Teilhabe, Mitbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Demokratiebildung stärkt Urteils- und Handlungskompetenz, Resilienz gegenüber Desinformation und soziale Kohäsion. Sie wird daher als Querschnittsaufgabe verstanden. Die Landespräventionsgremien unterstützen entsprechende Bildungsangebote und partizipative Formate in allen Lebensbereichen – von Kita über Schule und Arbeitswelt bis hin zum kommunalen Raum – und fördern deren Verknüpfung mit gesundheitsbezogenen Präventionsmaßnahmen.

Die Punkte 3, 12 und 13 markieren neue inhaltliche Schwerpunkte innerhalb des Eckpunktepapiers. Im Unterschied zu den fortgeschriebenen Maßnahmen der bisherigen Präventionsarbeit werden sie im Anschluss gesondert dargestellt und inhaltlich vertieft.

Die **nächste Landespräventionskonferenz** wird von den Sozialversicherungsträgern ausgerichtet und tritt 2027 zusammen.

3.2 Strategie gegen Einsamkeit in Rheinland-Pfalz

Einsamkeit ist mehr als ein individuelles Problem – sie beeinträchtigt psychische und physische Gesundheit, mindert Lebensqualität und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit stellt sie eine zentrale Herausforderung für Gesundheitsförderung und Prävention dar. Die rheinland-pfälzische Strategie gegen Einsamkeit versteht sich als integraler Bestandteil der Landespräventionsstrategie nach § 20f SGB V. Sie zielt darauf ab, Einsamkeit systematisch in Prävention und Gesundheitsförderung zu integrieren, Stigmatisierung abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig zu stärken.

1. Soziale Teilhabe als Ressource für Gesundheit

Empowerment in der Gesundheitsförderung bedeutet, Menschen zu befähigen, **selbstbestimmte Entscheidungen für ihre Gesundheit und Lebensgestaltung** zu treffen. Die Strategie gegen Einsamkeit ergänzt diesen Ansatz, **indem sie soziale Verbundenheit als zentrale Ressource betont**. Programme wie „Gemeindeschwester^{plus}“ oder die „Landesinitiative Neue Nachbarschaften“ fördern individuelle Gesundheit und stärken Selbstwirksamkeit und tragen zugleich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Daseinsvorsorge bei.

2. Lebenswelten als Räume gegen Einsamkeit

Lebenswelten – von Kita und Schule über Arbeitsplätze und Kommunen bis hin zu Pflegeeinrichtungen und Wohnumfeld – sind die Orte, an denen Einsamkeit präventiv adressiert und soziale Bindungen gestärkt werden können. Die Einsamkeitsstrategie Rheinland-Pfalz vernetzt bestehende Programme mit neuen Initiativen, um Begegnung, Teilhabe und Verbundenheit in diesen Lebenswelten gezielt zu fördern:

- **Kita und Schule:** Die Lebenswelt Schule eignet sich besonders, um soziale Bindungen zu fördern – etwa durch Schulsozialarbeit, Peer-Gruppen oder projektbezogene Kooperationen, die Gemeinschaft und Empathie stärken. Ein Beispiel ist die Förderung der Schulsozialarbeit an Schulen in herausfordernder Lage, die Kindern und Jugendlichen Räume für vertrauensvolle Beziehungen eröffnet. Auch familienorientierte Angebote wie Familiengrundschulzentren (FamOS) bündeln Unterstützungsangebote für Kinder, Eltern und Lehrkräfte, fördern Vernetzung und stärken das soziale Miteinander.
- **Arbeitswelt:** Einsamkeit kann auch in der Arbeitswelt entstehen – etwa durch Arbeitslosigkeit, Homeoffice oder fehlende soziale Einbindung. In Rheinland-Pfalz werden hierzu Fortbildungsangebote wie „Erwerbslosigkeit und Einsamkeit“ entwickelt, um Fachkräfte zu sensibilisieren und Betroffene zu unterstützen. Das Programm „Mitein-

ander statt einsam – Ehrenamt stärken in Rheinland-Pfalz“ fördert darüber hinaus lokale Initiativen, z. B. Nachbarschaftscafés oder Bewegungsgruppen, die Begegnung und Austausch im Alltag schaffen.

- **Kommunen:** Nachbarschaftszentren, Freiwilligenagenturen und Bewegungsinitiativen wie „Dabei sein bewegt!“ öffnen Räume für Begegnung und fördern generationenübergreifendes Miteinander.
- **Pflege und Alter:** Mit Programmen wie „Gemeindeschwester^{plus}“ und dem Landesnetzwerk Anlaufstellen für ältere Menschen wird soziale Teilhabe gezielt auch im höheren Lebensalter gefördert. Evaluationsberichte zeigen, dass „Gemeindeschwester^{plus}“ nicht nur pflegerische, sondern auch soziale Isolation wirksam reduziert – und damit wesentlich zur psychischen Gesundheit beiträgt.
- **Strukturelle und umweltbezogene Gestaltung:** Barrierefreie und inklusionsorientierte Räume sind eine Grundvoraussetzung sozialer Teilhabe. Die Initiative „Soziale Räume inklusiv“ (ISI) zeigt gute Beispiele, wie Ortsgestaltung, Nahversorgung, Wegeführung und öffentliche Plätze so gestaltet werden können, dass sich Menschen – auch mit Einschränkungen – eingebunden fühlen. Infrastrukturmaßnahmen wie Plauderbänke, Nachbarschaftscafés oder digitale Treffpunkte werden im Rahmen der Landesstrategie gefördert, u. a. durch das Programm „Miteinander statt einsam“.

3. Soziale Gesundheitskompetenz stärken

Einsamkeitsprävention bedeutet auch, Menschen zu befähigen, Beziehungen aktiv zu gestalten und Unterstützungsangebote selbstbestimmt zu nutzen. Projekte wie die Digital-Botschafterinnen und -Botschafter Rheinland-Pfalz unterstützen ältere Menschen dabei, digitale Teilhabe zu erlernen und soziale Kontakte aufrechtzuerhalten – eine wesentliche Voraussetzung für Selbstwirksamkeit, psychische Gesundheit und gesellschaftliche Partizipation im digitalen Alltag.

4. Kooperationsstrukturen strategisch ausbauen

Wirksame Einsamkeitsprävention gelingt nur durch eine enge ressort- und sektorübergreifende Zusammenarbeit. Ministerien, Krankenkassen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeorganisationen und das Ehrenamt entwickeln und vernetzen gemeinsame Maßnahmen, um Einsamkeit in der Prävention systematisch zu berücksichtigen. Synergien entstehen insbesondere dort, wo Gesundheitsförderung, soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement zusammenwirken – etwa in generationenübergreifenden Bewegungsprojekten, Nachbarschaftsinitiativen oder aufsuchenden Unterstützungsangeboten.

5. Praxisbeispiele: Gesundheit & Einsamkeitsprävention verbinden

Maßnahme	Verbindung von Gesundheit & Einsamkeitsprävention
<i>Gemeindeschwester^{plus}</i>	Beratung & soziale Teilhabe älterer Menschen
<i>Dabei sein bewegt!</i>	Bewegungsförderung kombiniert mit sozialer Integration
<i>Neue Nachbarschaften</i>	Nachbarschaftszentren als Orte von Gesundheit & Gemeinschaft
<i>Digital-Botschafterinnen und Botschafter</i>	Förderung digitaler Teilhabe & soziale Verbundenheit
<i>teamw()rk Treffpunkt Gesundheit</i>	Gesundheitsförderung & soziale Teilhabe Erwerbsloser

Einsamkeitsprävention ist damit keine Zusatzaufgabe, sondern ein integraler Bestandteil der Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz. Sie stärkt individuelle Ressourcen, soziale Netzwerke und Teilhabechancen – zentrale Voraussetzungen für gesundheitliche Chancengleichheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und seelische Gesundheit.

3.3 Demokratiebildung als integrativer Bestandteil von Prävention und Gesundheitsförderung gemäß § 20f SGB V

Demokratiebildung im Sinne politischer Urteils- und Handlungskompetenz ist eng mit Gesundheitsförderung verbunden. Sie zielt – ebenso wie Prävention – auf gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Handlungskompetenz, kritische Medienkompetenz und gemeinschaftliches Engagement. Um die Synergien beider Bereiche systematisch zu nutzen, ist Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe in Prävention und Gesundheitsförderung nach § 20f SGB V zu verankern. Dies stärkt sowohl die Gesundheitskompetenz als auch die demokratischen Kompetenzen der Bevölkerung und trägt so zur gesundheitlichen Chancengleichheit und gesellschaftlichen Resilienz bei.

1. Demokratiebildung als Element von Empowerment und Teilhabe

Partizipative Gesundheitsmaßnahmen, die Zielgruppen – etwa Kinder, Jugendliche, ältere Menschen oder sozial benachteiligte Gruppen – aktiv in Planung, Umsetzung und Evaluation einbinden, fördern nicht nur Gesundheitskompetenz und Selbstwirksamkeit, sondern zugleich demokratische Schlüsselkompetenzen wie Dialogfähigkeit, Konfliktlösung und Verantwortungsbewusstsein. Empowerment, verstanden als Befähigung, selbstbestimmte Entscheidungen für das eigene Leben und die eigene Gesundheit zu treffen, ist ein zentrales Ziel sowohl der Gesundheitsförderung als auch der Demokratiebildung. Während Gesundheitsförderung die Teilhabe an gesundheitsbezogenen Prozessen ermöglicht, erweitert Demokratiebildung diesen Ansatz um politische Mündigkeit, Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse und Werteorientierung. Beide Ansätze stärken gemeinsam die Fähigkeit, Lebensbedingungen aktiv und solidarisch mitzugestalten.

2. Lebenswelten als Orte der doppelten Bildung: Gesundheit & Demokratie

Der gesetzliche Auftrag nach § 20f SGB V umfasst die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten. Diese – von der Kita über Schule und Arbeitswelt bis hin zu Kommune und Pflege – sind zugleich Lern- und Erfahrungsräume für Demokratiebildung.

- **Kitas und Schulen:** Gesundheitsbezogene Präventionsmaßnahmen können in demokratischen Strukturen wie Kita-Beiräten oder Klassenräten geplant, umgesetzt und evaluiert werden. Themen wie Mobbing, Diskriminierung, Rassismus oder Extremismus bieten Schnittstellen, an denen Gesundheitsförderung und Demokratiebildung ineinandergreifen.
- **Kommunale Räume:** Gesundheitszirkel, Stadtteilkonferenzen oder Gesundheitslotsinnen- und -lotsenprojekte ermöglichen Beteiligung auf kommunaler Ebene und werden so zu niedrigschwelligen Lernorten demokratischen Handelns.

- **Einrichtungen der Jugendhilfe, Pflege und Behindertenhilfe:** Formen der Mitbestimmung und Beteiligung fördern Selbstwirksamkeit, Solidarität und das Bewusstsein für soziale Verantwortung – zentrale Grundlagen sowohl für Gesundheit als auch für Demokratie.

3. Bildung für demokratische Gesundheitskompetenz

Eine gesundheitskompetente Bevölkerung benötigt mehr als medizinisches Wissen. Demokratiebildung vermittelt die Fähigkeit, gesundheitsbezogene Informationen kritisch zu prüfen, abzuwägen und in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen. Dies schließt die Auseinandersetzung mit öffentlichen Debatten – etwa zu Impfungen, Ernährungspolitik oder Versorgungsgerechtigkeit – ebenso ein wie die Fähigkeit, eigene Interessen im Gesundheitssystem wirksam zu vertreten. Die Förderung dieser demokratischen Gesundheitskompetenz ist damit eine zentrale Voraussetzung für selbstbestimmtes Handeln, soziale Teilhabe und gesundheitliche Gerechtigkeit.

4. Kooperationsstrukturen strategisch stärken

Die gesetzlich vorgesehene Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bietet wertvolle Schnittstellen für eine Verknüpfung von Demokratiebildung und Gesundheitsförderung. Zur Umsetzung sind Partnerschaften mit Trägern der politischen Bildung – etwa der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (LpB), dem Bündnis „Demokratie gewinnt!“ – sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen zentral. Ziel ist der Aufbau tragfähiger Kooperationen, in denen Akteurinnen und Akteure der Gesundheitsförderung und der Demokratiebildung gemeinsame Strategien entwickeln. Praxisorientierte Projekte, die Gesundheit, Demokratie und Teilhabe zusammen denken – wie Beteiligungsworkshops zu Bewegungsangeboten oder Anti-Stigma-Initiativen in Schulen – machen diese Synergien konkret erfahrbar.

5. Praktische Umsetzungsformate: Verbindungen von Gesundheit & Demokratie in der Praxis

Maßnahme	Verbindung von Gesundheit & Demokratie
<i>Gesundheitszirkel</i>	Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohner an gesundheitsförderlichen Maßnahmen
<i>Schülerinnen- und Schülerparlamente</i>	Demokratische Teilhabe zur Stärkung der Selbstwirksamkeit

Maßnahme	Verbindung von Gesundheit & Demokratie
<i>Kommunale Beteiligungsprojekte</i>	Mitwirkung an der Präventionsplanung als Demokratieerfahrung
<i>Peer-Education-Projekte</i>	Jugendliche stärken sich gegenseitig in Gesundheit & Mitbestimmung
<i>Interkulturelle Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen</i>	Kulturell sensible Gesundheitskompetenz & Teilhabe

Demokratiebildung darf nicht als additive Maßnahme verstanden werden, sondern als integraler Bestandteil von Prävention und Gesundheitsförderung.

Im Sinne des Whole-School- / Whole-Community-Ansatzes sollten beide Bereiche systematisch miteinander verzahnt werden – ohne ihre eigenständige Zielsetzung zu verlieren. Eine solche Verknüpfung entspricht dem ganzheitlichen Anspruch des § 20f SGB V: Menschen werden nicht nur in ihrer gesundheitlichen Selbstfürsorge gestärkt, sondern auch in ihrer Fähigkeit, ihre Lebenswelt demokratisch, solidarisch und gesundheitsförderlich mitzugestalten. So entstehen nachhaltige Strukturen für Teilhabe, gesundheitliche Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

3.4 Kommunale Gesamtkonzepte zur Unterstützung von Kindern psychisch und suchterkrankter Eltern

Sowohl die Bundesrahmenempfehlung als auch die Nationale Präventionskonferenz rücken die besonderen Unterstützungsbedarfe von Kindern psychisch und suchterkrankter Eltern in den Fokus. Auch das Land Rheinland-Pfalz hat mit der Novellierung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) im Jahr 2020 diesen Befund aufgegriffen und die Unterstützung dieser besonders vulnerablen Zielgruppe deutlich gestärkt. Studien zeigen, dass Kinder psychisch oder suchterkrankter Eltern ein drei- bis vierfach erhöhtes Risiko haben, selbst psychisch zu erkranken und häufiger von Kindeswohlgefährdungen betroffen sind.

Der neue Förderschwerpunkt des Landes zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, um betroffene Kinder und ihre Familien frühzeitig, niedrigschwellig und systematisch zu unterstützen. Hierfür wurden die Mittel des Landeskinderschutzgesetzes um 750.000 Euro jährlich aufgestockt; davon sind mindestens 50 % für niedrigschwellige, familienunterstützende Angebote in den Kommunen zu verwenden. Insgesamt stellt die Landesregierung rund 4,1 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Förderstränge zur Unterstützung von Kindern psychisch und suchtkrankter Eltern umfassen:

- Umsetzung familienunterstützender Maßnahmen und Projekte in den Kommunen,
- Qualifizierung und Ausbau bestehender Hilfestrukturen durch zusätzliche Personalstellen,
- Sensibilisierung von Fachkräften durch Fort- und Weiterbildungsangebote,
- Öffentlichkeitsarbeit zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen und Suchterkrankungen.

1. Koordinierte Hilfesysteme und kommunale Gesamtkonzepte

Die Unterstützungsbedarfe der betroffenen Kinder und Familien sind komplex und vielfach über verschiedene Rechtskreise verteilt. Eine wirksame Unterstützung erfordert daher verzahnte, multiprofessionelle und rechtskreisübergreifende Strukturen, die präventive, therapeutische und soziale Angebote besser koordinieren. Bislang fehlt es vielerorts an verbindlichen Kooperationsmechanismen zwischen Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Schule und Suchthilfe. Das Ziel kommunaler Gesamtkonzepte besteht darin, diese Schnittstellen zu schließen, Synergien zu nutzen und Familien bedarfsgerecht zu unterstützen.

Mit dem im Januar 2022 gestarteten Modellprojekt „Kommunale Gesamtkonzepte zur Verbesserung der Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern“ (KpsE) hat sich Rheinland-Pfalz auf den Weg gemacht, eine solche system-

und ressortübergreifende Entwicklung zu initiieren und die soziale Infrastruktur landesweit zu stärken.

In drei Pilotkommunen – Kaiserslautern, Ludwigshafen und Landkreis Neuwied – wurden Koordinierungsstellen (0,5 VZÄ) eingerichtet, die lokale Akteurinnen und Akteure aus Jugendhilfe und Gesundheitswesen vernetzen und den Entwicklungsprozess begleiten. Projektpartner sind die Auridis Stiftung gGmbH (Förderung), das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz (Projektsteuerung) sowie das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (Projektumsetzung).

2. Ressortübergreifende Zusammenarbeit und landesweite Steuerung

Das Modellprojekt ist bundes- und landespolitisch eingebettet und fördert die ressortübergreifende Kooperation. Eine Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI), des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit (MWG), des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD), des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV), der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG), des Landkreistages sowie des GKV-Bündnisses für Gesundheit gewährleistet den Wissenstransfer und die Verzahnung mit bestehenden Hilfesystemen.

Das Projekt und Prozessbegleitung wird vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gemeinnützige GmbH (ism) wahrgenommen.

Status und Perspektiven werden regelmäßig durch das MFFKI und das ism in die Landespräventionsnetzwerke „Kommunale Gesundheitsförderung“ (KGF) und „Gesund aufwachsen“ (GA) eingebracht. Das Modellprojekt hat bereits erhebliche Wirkung erzielt, indem es zentrale Akteurinnen und Akteure im Themenfeld KpsE nachhaltig vernetzt und gemeinsame Strukturen geschaffen hat. Gleichzeitig besteht weiterer Ausbau- und Verstärkungsbedarf, um die erfolgreichen Ansätze langfristig zu sichern.

3. Wissenschaftliche Grundlage und Weiterentwicklung

Die Forschungsexpertise der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch kranker Eltern“ (Wiegand-Grefe et al., 2018) hat gezeigt, dass Versorgungseinrichtungen für psychisch oder suchterkrankte Erwachsene zentrale Zugänge für präventive Unterstützung ihrer Kinder bieten. Da hier die elterliche Erkrankung bereits thematisiert wird, lassen sich Stigmatisierungseffekte verringern und die Ansprache der Familien verbessern.

Vor diesem Hintergrund soll das in Baden-Württemberg entwickelte Lotsenprogramm „Stark im Sturm“, das dort erfolgreich in mehreren Kliniken erprobt wurde, auch an den rheinland-

pfälzischen Kliniken der Erwachsenenpsychiatrie implementiert werden. Dieses Programm knüpft direkt an die Strukturen des Modellprojekts KpsE an.

4. Perspektiven: Verstetigung und landesweiter Transfer

Das Modellprojekt endet im Dezember 2026. Die Ergebnisse werden allen Kommunen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt. In Anschluss an das Modellprojekt soll mit dem Programm „Stark im Sturm“ ein Lotsensystem etabliert werden, das als Brücke zwischen den Einrichtungen der Erwachsenenpsychiatrie und der Kinder- und Jugendhilfe fungiert. Ziel ist die dauerhafte Vernetzung und strukturelle Verankerung präventiver Unterstützungsangebote für Kinder und Familien. Gleichzeitig sollen daraus Impulse für weitere systemübergreifende Maßnahmen in Rheinland-Pfalz entwickelt werden. Das GKV-Bündnis für Gesundheit in Rheinland-Pfalz wird das Programm „Stark im Sturm“ auf Basis des vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit eingereichten Förderantrags unterstützen.

Ein ressortübergreifender Fachkongress am 22. Oktober 2026 wird sowohl die Bilanz des Modellprojekts KpsE ziehen als auch den Startpunkt für den landesweiten Transfer der Erkenntnisse markieren. Dabei sollen insbesondere bewährte Handlungsansätze und Strukturmodelle – etwa zu Koordination, Fachkräftequalifizierung und kommunalem Strukturaufbau – nachhaltig in die Landesstrategie integriert werden.

Rheinland-Pfalz beteiligt sich zudem aktiv am bundesweiten Länderaustausch zur Weiterentwicklung kommunaler Gesamtkonzepte für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern. Vertreten durch das Familien- und das Gesundheitsministerium sowie die ARGE des GKV-Bündnisses für Gesundheit, kann das Land fortlaufend Erkenntnisse und Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern in den rheinland-pfälzischen Entwicklungsprozess einfließen lassen.

Das nächste Ländertreffen findet im Februar 2026 in Mainz statt.

Aufgrund der Vielzahl an Einzelmaßnahmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit psychisch- und/oder suchterkrankten Eltern (u.a. über das Landeskinderschutzgesetz, über Programme der GKV sowie über das Modellprojekt „Kommunale Gesamtkonzepte KpsE“), die jedoch strategisch aufeinander abgestimmt sind und dabei die Vernetzung der unterschiedlichen föderalen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) sowie der unterschiedlichen Rechtskreise (SGB V und SGB VIII) verfolgen, werden die bisherigen und zukünftigen Aktivitäten im Themenfeld KpsE zu einer „Landesstrategie KpsE“ gebündelt. Projekte und Maßnahmen sollen dadurch klar erkennbar und kommunizierbar sein, eine Wiedererkennung ermöglicht werden und Ziele konkreter herausgearbeitet werden können.

